

Schadensbegrenzung

Die Obama-Administration und der Wiederaufbau der internationalen Nuklearordnung

Die Nichtverbreitungspolitik für Massenvernichtungswaffen der Administration von George W. Bush Jr. hat gravierende Folgen für die Stabilität der internationalen Nuklearordnung gezeitigt. Die Instrumentalisierung der Ungewissheit über die irakischen Waffenprogramme zur Rechtfertigung der Invasion hat nicht nur dem Ansehen der US-Geheimdienste geschadet, sondern auch erhebliche Zweifel an der Urteilsfähigkeit der amerikanischen Führungsmacht geweckt.

Von Sebastian Harnisch

Es ist leider sogar nicht auszuschließen, dass sensitive Technologie und Material im Zuge der Kampfhandlungen und Aufstandsbe kämpfung aus dem Irak ins Ausland verbracht worden sind und nun Terrorgruppen oder staatlichen Interessenten zum Kauf angeboten werden. Die Zerschlagung des irakischen Regimes hat die USA zudem in eine Balancesituation mit der aufstrebenden Regionalmacht Iran gedrängt, sodass der Iran, angesichts der amerikanischen Truppenkontingente in Afghanistan und dem Irak, nun offenbar aktiv nach einer nuklearen Abschreckungsoption strebt.

Die Instrumentalisierung des Nuklearkooperationsabkommens mit Indien zum Aufbau einer informellen Allianz gegen das aufstrebende China hat nicht nur weitere Anreize für einen substantiellen Ausbau der chinesischen Nuklearstreitmächte geliefert. Es hat auch das fragile Mächtegleichgewicht zwischen den Nuklearmächten Pakistan und Indien untergraben.

Das notwendige Vorgehen gegen die von Pakistan einstmals unterstützten Taliban, das offensichtliche Misstrauen der USA in die Sicherheit des pakistanischen Nuklearwaffenprogramms und die informelle Allianz haben das Vertrauen in die USA bei gemäßigten Kräften in Pakistan unterwandert. Es ist daher nicht auszuschließen, dass die pakistanische Nuklearmacht langsam aber sicher aus der Anti-Terror-Allianz mit Washington herausdriftet und ein toxisches Gemisch aus islamisch-fundamentalistischen Terror, Gebietskonflikt mit Indien und nicht verlässlich geschützten Nuklearwaffen freisetzt.

Die Entwaffnung Libyens legt Zeugnis ab von dem tiefen Misstrauen der Bush-Administration in internationale Verträge

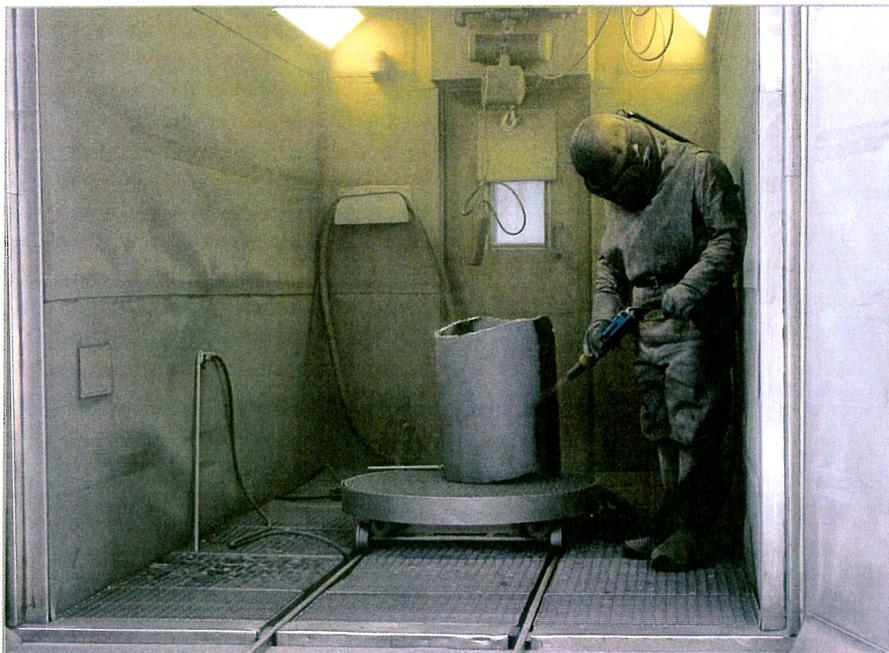
Das militärische Vorgehen gegen den Irak mag ein zusätzlicher Grund für die Aufgabe der libyschen Massenvernichtungswaffenprogramme gewesen sein. Die Ursache für das Umdenken liegen aber vielmehr früher: in der konsequenten internationalen Sanktionspolitik nach dem

Attentat von Lockerbie und der geschickten britischen Diplomatie im Vorfeld des Irakfeldzuges. Die bilaterale Entwaffnung Libyens, die die Internationale Atomenergiebehörde weitgehend ausschloss, legt vielmehr Zeugnis ab, von dem tiefen Misstrauen der Bush-Administration in internationale Verträge und multilaterale Verifikationsmaßnahmen.

Wenn aber die Führungsmacht in der internationalen Nuklearordnung das Vertrauen in deren zentrale Regeln und Mechanismen verliert und präemptiv, plurilateral und primär militärisch handelt, dann zerbricht auch das Vertrauen jener Mitglieder der Ordnung, die für ihre Sicherheit nicht auf das größte Militärpotential der Menschheitsgeschichte setzen können. Das Mißtrauen der USA in die Effektivität des Atomwaffensperrvertrages hat das Mißtrauen der anderen designierten Feindstaaten der Bush-Administration in der sogenannten "Achse des Bösen" (Nordkorea und Iran) noch weiter geschürt: Nordkorea ist der erste Staat - trotz ausstehender Fragen über dessen Vertragstreue -, der ungesüht aus dem Sperrvertrag ausgetreten ist.

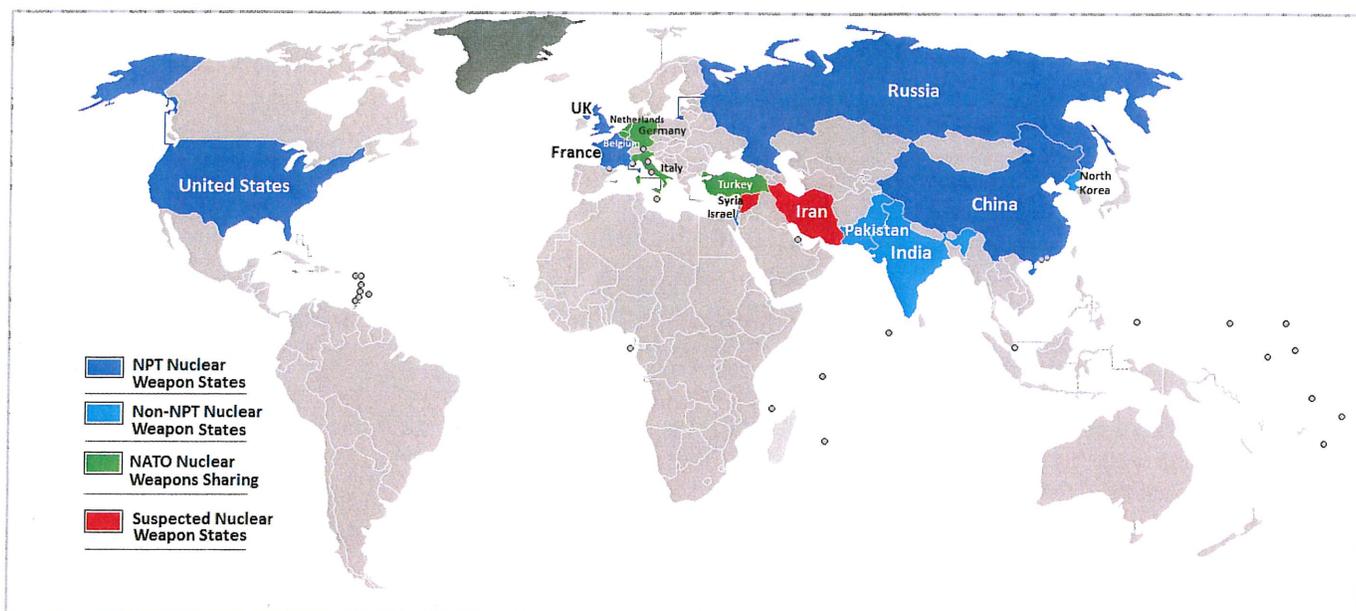
Die wirtschaftliche Strangulationstrategie der Bush-Regierung beantwortete Pjongjang mit Atomwaffentests

Iran ist der erste Staat - trotz ausstehender Fragen über dessen Vertragstreue -, der aktiv (und bislang ungesüht) gegen unzweideutige UN-Sicherheitsratsresolutionen verstößt und an der Anreicherung von Uran und der Wiederaufbereitung von Plutonium festhält. Die verheerende Politik der Bush-Administration hat dieses Verhalten geschürt, sie hat aber nicht die entsprechenden Waffenprogramme verursacht. Vorläufer des derzeitigen iranischen Nuklearwaffenprogramms gehen auf den (ungesühten) irakischen Einsatz von Chemiewaffen in den 1980er Jahren zurück. Das nordkoreanische Atomwaffenprogramm rührt aus der Unsicherheit



Atomare Forschung

Foto: EWN GmbH



über die sowjetischen Beistandszusagen im Koreakrieg und der Kubakrise. Gleichwohl ist die Eindämmung dieser Programme zentral, wenn die internationale Nuklearordnung nachhaltig stabilisiert werden soll.

Nordkorea: Aufwuchs stoppen - Waffen akzeptieren - Abbau beginnen

Nordkorea hat die US-geführte Invasion des Irak und die Aufkündigung der Korean Peninsula Energy Development Organisation (KEDO) dazu genutzt, seine Nuklearwaffenkapazität seit 2001 zu vervierfachen. Die wirtschaftliche Strangulationstrategie der Bush-Regierung beantwortete Pjöngjang mit dem Atomwaffentest vom Oktober 2006. Zwar hat Washington auf den Ausbau der nordkoreanischen Waffenkapazität mit dem Aufbau eines multilateralen Verhandlungsmechanismus - den sogenannten Sechsparteiengesprächen unter Einbeziehung der Volksrepublik China, Südkoreas, Japans und Russlands - reagiert. Die Vereinbarungen einer vollständigen Denuklearisierung vom September 2005 sowie die Folgevereinbarung zur Einstellung des plutoniumbasierten Waffenprogramms wurden aber immer wieder von den Verhandlungsgegnern innerhalb der Bush-Administration hintertrieben und von Nordkorea nur teilweise umgesetzt. In Nordkorea steht die Obama-Administration nicht nur wegen der Vervielfachung der Waffenkapazität und den wachsenden Trägerkapazitäten vor einer sehr schwierigen Aufgabe. Die Nachrichten über den Schlaganfall des "geliebten Führer Kim Jong-Il" verdichten sich und mehren die Ungewissheit über

die Stabilität des Regimes genauso wie die Nachrichten über die sich abermals verschlechternde Versorgungslage der Bevölkerung.

Hinzu kommt, dass Washington für eine Verhandlungslösung mit Pjöngjang nicht mehr auf die ungeteilte Zustimmung aus Seoul und Tokio setzen kann. Der japanischen Regierung macht weiterhin die innenpolitisch sehr brisante Frage der von Nordkorea entführten Japaner zu schaffen und blockiert jegliche substantielle Normalisierung der Beziehungen. In Seoul setzt der konservative Präsident Lee Myung-bak auf eine härtere Verhandlungslinie, die finanzielle Hilfen und wirtschaftliche Kooperation von konkreten Abrüstungsschritten abhängig macht und damit die Verhandlungsflexibilität Washingtons weiter einschränkt.

Die Obama-Administration und die anderen Mitglieder der EU3+3-Initiative verhandeln im Schatten eines Ausbruch-Szenarios

Eine realistische Schadensbegrenzung muss daher zunächst verhindern, dass die nordkoreanische Waffenkapazität weiter wächst. Mehr Waffen bedeuten mehr Verhandlungspotential, aber auch potentere Abschreckung und stärkere Proliferationsgefahr u.a. in Richtung Naher und Mittlerer Osten. Die Verifikation der Einfrierung der nordkoreanischen Plutoniumaktivitäten und der fortgesetzte Abbau der entsprechenden Anlagen wird aber nicht ohne Gegenleistung erfolgen, weil das Kim-Regime seit geraumer Zeit

Abrüstungsmaßnahmen "verkauft" und damit sein marodes Regime aufrechterhält. Zweitens wird Washington und eine Koalition der Verhandlungswilligen in den Sechsparteiengesprächen zumindest implizit die bestehenden Waffen für den Verlauf der Gespräche anerkennen müssen, weil Pjöngjang die Waffen zur Abschreckung braucht und sie erst zum Ende der Verhandlungen, wenn überhaupt, zur Disposition stellen wird.

Drittens wird die Obama-Administration darauf zu achten haben, die Proliferation von nuklearen Waffen und Material als auch des wachsenden Trägerprogramms mit in eine Vereinbarung einzubinden, damit das nordkoreanische Eskalationspotential sukzessive verkleinert werden kann. Provokationen gehören in Pjöngjang mit zum Geschäft. In den demokratisch regierten Gesellschaften der USA, Japans und Südkoreas bringen sie Regierungen aber immer wieder in Rechtfertigungszwang, wenn es darum geht die Provokateure durch Anreize auf ein normkonformes Verhalten zu verpflichten. Der Erfolg einer Verhandlungslösung mit Pjöngjang hängt deshalb auch entscheidend davon ab, ob die beteiligten demokratischen Regierungen die notwendigen Zustimmungsmehrheiten in ihren Parlamenten erhalten bzw. herstellen können.

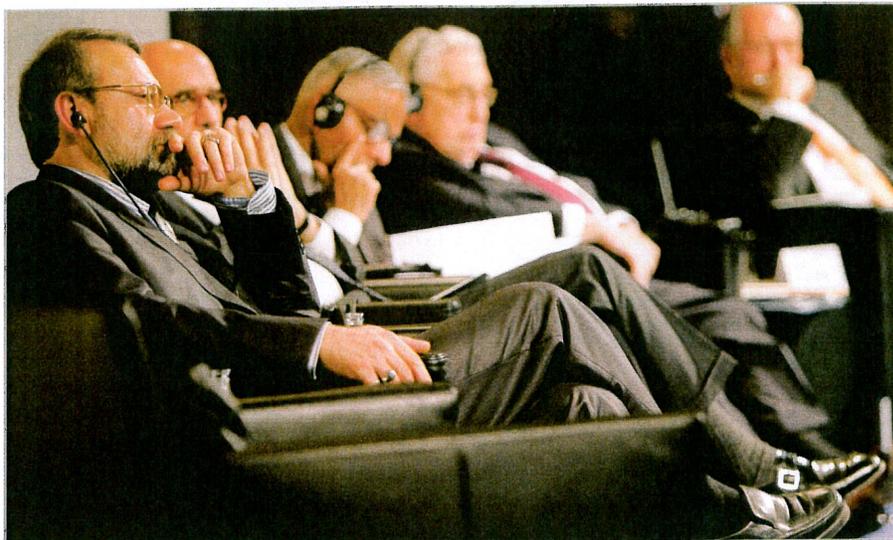
Iran: Fähigkeit akzeptieren - Waffen ausschließen - Israel einbinden

Auch wenn die Bush-Administration schließlich die richtigen Lehren aus der Nuklearisierung Nordkoreas und der Destabilisierung des Irak zog und die

europäischen Verhandlungen mit dem Iran unterstützte, die mangelnden Sicherheitsgarantien Washingtons gegenüber dem Regime in Teheran haben die Offerten der Europäer offenbar hohl erscheinen lassen. Seit der Invasion des Irak im März 2003 versuchten die drei großen EU-Staaten Deutschland, Großbritannien und Frankreich zunächst auf eigene Faust und ohne die Rückendeckung der EU oder der Bush-Administration den Iran für einen Verzicht auf die waffentauglichen Prozesse der Urananreicherung und Plutoniumwiederaufbereitung zu gewinnen. Dieser Versuch kann mittlerweile als gescheitert gelten, denn es ist nunmehr Teheran nachweislich gelungen, stabile Uranzentrifugenkaskaden aufzubauen und genügend schwach angereichertes Uran anzusammeln, sodass die Produktion von waffentauglichem Material und dessen Verbringung in einem Sprengsatz nur noch eine Frage der Zeit, aber nicht mehr der Fähigkeiten ist. Sollte der Iran also jetzt den Atomwaffensperrvertrag verlassen, dann wären der Sicherheitsrat und die Vertragsgemeinschaft in der misslichen Situation, einen Vertragsbruch ahnden zu müssen, nachdem der betreffende Staat den Vertrag verlassen hat. Die Obama-Administration und die anderen Mitglieder der EU3+3-Initiative, die EU, China und Russland, verhandeln also jetzt im Schatten eines Ausbruch-Szenarios, welches die mangelnde Verhandlungsbereitschaft der Bush-Administration gefördert, aber nicht verursacht hat.

Eine realistische Schadensbegrenzungspolitik muss mit der Akzeptanz der technischen Fähigkeiten des Iran beginnen

Die Verhandlungswilligen operieren zudem auch im Schatten der anstehenden Präsidentschaftswahl im Iran (Juni 2009) und der Regierungsbildung in Israel. Es ist bislang unklar, ob der Iran noch vor den Wahlen auf die Gesprächsofferten aus Washington eingehen wird: entsprechende Signale des Revolutionsführers Khamenei weisen eher daraufhin, dass er das Ergebnis der Wahl abwarten möchte. Klar hingegen ist aus israelischer Sicht, dass der Iran sich technisch immer mehr jenem "Punkt annähert, an dem es kein Zurück mehr gibt" (Point of no return). Eine realistische Schadensbegrenzungspolitik muss daher mit der Akzeptanz der derzeitigen technischen Fähigkeiten des Iran beginnen, denn



Dr. Ali A. Larijani, Sprecher des iranischen Parlamentes, auf der Münchner Sicherheitskonferenz

Foto: Kai Mörk

eine potentielle Rückführung dieser Fähigkeiten kann nur mit iranischer Zustimmung erfolgen. Eine militärische Rückführung gibt es nicht, denn Standorte können zwar bombardiert werden und Nuklearwissenschaftler können unter mysteriösen Umständen umkommen, aber das kritische Wissen über die Anreicherung und den Waffenbau lässt sich im Iran realistischer Weise nicht mehr ausradieren. Im Gegenteil.

Die Geschichte der Beschleunigung und Verschleierung des irakischen Nuklearprogramms nach dem israelischen Angriff auf den Reaktor al Tuwaitha (Osirak) zeigt, dass ein Schlag gegen Anlagen den Willen zu Waffen nur noch stärkt. Zu Ende gedacht bedeutet dieses Szenario, dass nur eine sehr weitgehende militärische Intervention oder gar Besetzung das iranische Streben beenden, und nicht nur vertagen, kann. Diese Option dürfte weder Israel noch die Obama-Administration unter den gegebenen Umständen ernsthaft in Erwägung ziehen. Täten Sie dies, wäre ein Bruch mit China und Russland gewiss, mit Europa wahrscheinlich.

Realistische Schadensbegrenzung gegenüber dem Iran heißt daher anzuerkennen, dass der Iran über die technische Fähigkeit zur Herstellung einer Nuklearwaffe verfügt, aber gleichzeitig politisch (und technisch) sicherzustellen, dass er von dieser Option keinen Gebrauch macht. Entscheidend für den Erfolg dieser Strategie ist, dass die neue israelische Regierung davon überzeugt werden kann bis auf weiteres auf Präemptivschläge zu verzichten.

Ein erster konkreter Schritt in diese Richtung könnte beinhalten, das iranische Nuklearprogramm für dilatorische Luftschläge verwundbar zu halten, indem Russland die Lieferung moderner Luftabwehrsysteme vom Typ S-300 zurückhält. Weitere Maßnahmen könnten die militärische Isolierung des Iran durch gemeinsame Operationen der fünf Vetomächte in der Peripherie des Iran umfassen.

Den Fokus sollten aber diplomatische Verhandlungen bilden. Ihr Ziel muss es sein, dem Iran eine Zukunft ohne Nuklearwaffenkapazität erstrebenswert erscheinen zu lassen. Wenn Irans legitime Sicherheitsbedürfnisse adressiert und glaubwürdige wirtschaftliche und diplomatische Anreize gesetzt werden, besteht eine realistische Chance, dass eine rationale iranische Führung zwar an den prestigeträchtigen sensitiven technischen Fähigkeiten festhält, aber die Herstellung waffentauglichen Materials und den Bau einer einsatzfähigen Kernwaffe aufgibt.



Prof. Dr. Sebastian Harnisch, lehrt seit 2007 an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Er war Projektkoordinator des DFG-Projektes "Zivilmächte"

zur vergleichenden Außenpolitikforschung Japans, der USA und der Bundesrepublik und Projektkoordinator des Internet-Projekts "www.deutsche-aussenpolitik.de" (1997-2001).